

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Niederschrift

über die 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am
24.08.2015 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Maritta Böttcher

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Evelin Kierschk

Frau Heike Kühne

Herr Michael Wolny

Herr Erich Ertl

Herr René Haase

Herr Jan Hildebrandt

Herr Andreas Noack

Sachkundige Einwohner

Frau Heide Igel

Herr Holger Lehmann

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske

Frau Waltraud Kahmann

Frau Renate Günther

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Irina Kalinka

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:15 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 15. Juni 2015
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information zum Projekt "komet(de) - Entwicklung und Anwendung eines Assistenzsystems für Kommunen im demografischen Wandel"
- 6 Beschlussvorlagen
- 6.1 Entsendung der Vertreterinnen und Vertreter des Landkreises Teltow-Fläming in die Trägerversammlung des Jobcenters Teltow-Fläming 5-2420/15-II
- 6.2 Vereinbarung zur gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter Teltow-Fläming 5-2306/15-II
- 6.3 Novellierung des Leitbildes zur Kreisentwicklung 5-2479/15-IV
- 7 Anträge
- 7.1 Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF - Abstimmung und Verfahren im Umgang mit Flüchtlingen verbessern 5-2419/15-KT/2

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau Böttcher eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Abgeordneten, sachkundigen Einwohner, Vertreter der Verwaltung und Gäste.

Herr Wolny stellt den Antrag den TOP 6.3. Novellierung des Leitbildes von der TO zu nehmen.

In der Sitzung am 11.05.2015 wurde das Leitbild umfangreich diskutiert und die gemachten Änderungsvorschläge wurden aufgenommen. Es sollte abgewartet werden, wie sich die Verwaltung zur Funktionalreform positioniert und welche Auswirkungen für das Leitbild sich daraus ergeben.

Frau Böttcher spricht sich dafür aus, es auf der TO zu belassen. Änderungsvorschläge wurden auch von anderen Ausschüssen gemacht und eingearbeitet und somit liegt eine aktuelle überarbeitete Fassung vor.

Es erfolgt die Abstimmung zum Antrag von Herrn Wolny.

Mit 5 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen bleibt dieser Punkt auf der TO.

Weitere Anmerkungen zu der TO gibt es nicht. Sie gilt damit als bestätigt.

Ab 17.30 Uhr nimmt Herr Noack an der Sitzung teil.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 15. Juni 2015

Die Niederschrift vom 15. Juni 2015 wird in der vorliegenden Form bestätigt.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Zu diesem TOP liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Ertl fragt zur Situation der Hebammen im Landkreis und möchte wissen, wie viele Hebammen gab es im Vergleich im Jahr 2010 zu 2015? Welche Unterstützung gibt es durch die Kreisverwaltung? Wie hoch ist die Versicherungssumme für die Hebammen? Des Weiteren die Geburtenzahlen aufgeschlüsselt in Hausgeburten im Vergleich 2010 zu 2015. Die Fragen werden von ihm schriftlich nachgereicht.

Frau Böttcher bittet, derartige umfangreiche Fragen vorher einzureichen.

Die Beantwortung der Fragen ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Frau Kierschk fragt, ob die Möglichkeit der Antragstellung nach der Richtlinie zur Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung des MBS noch besteht? Die Parkinsongruppe in Luckenwalde schließt sich, aufgrund geringer Mitgliederzahlen, der Gruppe in Ludwigsfelde an und möchte dafür Fahrkosten beantragen.

Frau Kahmann antwortet, dass bis zum 15.09. noch Anträge für das 2. Halbjahr 2015 gestellt werden können. Der Vorsitzende der Gruppe hat bereits im Sozialamt vorgesprochen und ist entsprechend beraten worden.

Herr Nerlich bittet darum, dass die Anschriften der Träger sowie Tel.-Nr. der einzelnen ÜWH dem Protokoll beigelegt werden. Des Weiteren fragt er, ob mit dem Ausschuss eine Einrichtung besichtigt werden kann?

Frau Böttcher antwortet, dass dies im Arbeitsplan für 2015 vorgesehen ist und auch realisiert wird.

Die Anschriften der ÜWH werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gurske erläutert die aktuelle Situation der Flüchtlingsunterbringung im Landkreis. Im Mai 2015 gab es eine Zuweisungsquote von 1012 Flüchtlingen. Daraus ergab sich ein monatliches Soll. Die tatsächlichen Zuweisungen waren niedriger als das Monatssoll. Grund für die Nichtzuweisungen waren Infektionskrankheiten in der ZABH Eisenhüttenstadt. Dadurch kam es im Juli 2015 zu Zuweisungen über dem monatlichen Soll.

Am 21.08.2015 teilte das ZABH das neue Aufnahmesoll mit. Der Landkreis TF muss insgesamt in diesem Jahr 1584 Personen aufnehmen. Daraus ergibt sich mit den bereits realisierten Aufnahmen rückwirkend zum 01.08.15 ein Aufnahmesoll von 240 Asylbewerbern im Monat, d.h. in der Woche sind ungefähr 60 Personen aufzunehmen.

Die gegenwärtige Situation stellt sich so dar, dass zum 01.09. bzw. zum 15.9. Verbundwohnungen in Rehagen und in Niedergörsdorf und eine Gemeinschaftsunterkunft in Jüterbog, Am Quellenhof neu zur Verfügung stehen. Mit diesen Bestandsplätzen kann der Monat September fast vollständig abgedeckt werden. Gegenwärtig werden noch

Notaufnahmepplätze in der Grabenstraße in Luckenwalde ertüchtigt. Durch Titelerteilung, Wohnsitznahme oder freiwillige Rückkehr gibt es immer wieder Abgänge in den Einrichtungen und somit sind zwischenzeitliche Belegungen möglich. Im Oktober wird eine weitere Einrichtung in Ludwigsfelde eröffnet werden mit 70 Regelplätzen sowie 70 Notaufnahmepplätzen, somit können die ersten drei Oktoberwochen abgesichert werden.

Mit weiteren Gemeinden ist man zu möglichen Objekten im Gespräch. Das Amt Dahme hat Verbundwohnungen und eine Pension angeboten. Auch die Gemeinde Niederer Fläming hat verschiedene Immobilien angeboten. Keine Angebote liegen derzeit aus der Gemeinde Nuthe-Urstromtal und der Stadt Baruth vor, da dort keine nutzbaren Objekte zur Verfügung stehen.

Zur Situation für Rangsdorf informiert Frau Gurske, dass der Anbieter für die mobilen Wohneinrichtungen den Termin nicht halten kann, d.h. im Frühjahr 2016 werden dort erst die ersten Flüchtlinge einziehen können. Derzeit laufen Verhandlungen mit der AWO, inwiefern dort zwischenzeitlich 70 Plätze bereitgestellt werden können.

Aufgrund der gegenwärtigen Situation wird es immer schwieriger auf regionale Spezifika, auf soziale Brennpunkte und Lagen Rücksicht zu nehmen. Es werden alle angebotenen Objekte geprüft. Trotzdem wird man sich im Dialog mit den Kommunen weiterhin verstärkt auf den Norden des Landkreises orientieren.

Der Landkreis ist nicht in der Lage Beschlagnahmungen vorzunehmen und nicht alle Angebote von Immobilienmaklern oder Privatpersonen erweisen sich als belastbar. In den nächsten Tagen geht noch mal ein Schreiben an die Bürgermeister, KT-Abgeordneten und Gemeindevertretungen zum aktuellen Sachstand und den Appell um Unterstützung.

Herr Wolny fragt nach dem aktuellen Stand speziell für die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow.

Frau Gurske berichtet, dass die Gemeindeverwaltung den Besichtigungstermin der Flächen begleitet hat. Aufgrund der aktuellen Flüchtlingszahlen wird man noch einmal konkret an die Gemeinde herantreten.

Herr Hildebrandt führt an, dass die 240 Personen/Monat nur geschätzte Zahlen sind. Die prognostizierten Zahlen vom Innenminister für 2015 sind jedoch wesentlich höher.

Frau Gurske antwortet, dass die Zahlen der Presse zu entnehmen waren. Es wurde von ca. 24.000 gesprochen.

Herr Hildebrandt fragt nach den Erfahrungen und Prognosen der Verwaltung, dass nicht u.a. die Gemeinde Rangsdorf überrascht wird und Turnhallen genutzt werden müssen, weil die Kapazitäten erschöpft sind. Er fragt, ob auch daran gedacht wurde, bei Privatpersonen, die sich dazu bereit erklären, Flüchtlinge unterzubringen.

Frau Gurske informiert, dass derzeit die beiden Turnhallen des OSZ geprüft werden, um den Schulbetrieb nicht zu sehr zu belasten. Auch zur Belegung von Turnhallen sind Vorbereitungen zu treffen, um im Bedarfsfall schnell reagieren zu können, wie z.B. Einlagerung von entsprechenden Materialien zur Absicherung des Fußbodens. Turnhallen sind deswegen günstig, weil sich durch ihre Ebenerdigkeit die Fluchtwege in der Regel gut darstellen lassen und die Objekte meistens über Wasch- und Duschgelegenheiten verfügen.

Flüchtlinge, die noch keinen Aufenthaltstitel haben, bei Privatpersonen unterzubringen, ist derzeit nicht geplant. Die Erstellung eines Auszugsmanagement wird Aufgabe des Flüchtlingskoordinators werden.

Aufgrund des hohen Anstiegs der Flüchtlingszahlen kommt das BAMF augenblicklich nicht mit der Titelerteilung hinterher. In den ersten Monaten des Jahres konnten durchschnittlich 20 % der Personen aus den ÜWH wieder ausziehen. Das wird jetzt bei weitem nicht mehr erreicht.

Zur Frage von Frau Kühne teilt Frau Gurske mit, dass der Landkreis keinen Einfluss darauf hat, in welchem Verhältnis Männer, Frauen, Familien bzw. Kinder zugewiesen werden. Die Mehrzahl der Flüchtlinge sind Erwachsene. Es zeichnet sich ab, dass verstärkt einzelne Männer vor allem aus Syrien und Afghanistan kommen, die dann ihre Familien nachholen wollen. Familien kommen derzeit überwiegend aus den Westbalkangebieten.

Herr H. Lehmann fragt, ob es schon Signale gibt, dass Leute vom Westbalkan nicht mehr verteilt werden und zum derzeitigen Stand zur Einführung der Gesundheitskarte?

Frau Gurske antwortet, dass zur Verteilung der Flüchtlinge aus den Balkangebieten in der Verwaltung auch nur die Presseinformationen bekannt sind.

Zur Gesundheitskarte äußert sie, dass es zu einer deutlichen Entlastung der Sachbearbeiter im Sozialamt kommen würde mit der Karte. Von Seiten der AOK wurde die Gesundheitskarte vorgestellt. Der Landkreis war als einer der Pilot-Landkreise geplant. Es wurde von Seiten der AOK versichert, dass auf der einen Seite Verwaltungskosten zu zahlen sind pro Karte aber es auf der anderen Seite zu einer deutlichen Entlastung und teilweise auch zur Reduzierung der Gesundheitskosten kommt.

Im letzten asylpolitischen Newsletter ist mitgeteilt worden, dass Brandenburg an der Gesundheitskarte festhält. Ab 15monatigen Aufenthalt in Deutschland bekommen die Asylbewerber die Gesundheitskarte ohnehin.

Der Link zum Newsletter wurde den Ausschussmitgliedern per E-MAIL zur Kenntnis gegeben.

Herr Wolny fragt, ob entsprechend der Nationalitäten eingeschätzt werden kann, welche Personengruppen lange in den Aufnahmeeinrichtungen leben und welche kurzzeitig integriert werden können?

Frau Gurske erläutert anhand der Kita-Kinder (Stand 01.08.), dass 17 % aus dem Westbalkan kamen. Es leben im Landkreis sehr viele aus Syrien, Tschetschenen, Iraker, Pakistaner.

Frau Igel erinnert an einen Einzelfall der durch die Presse ging, wo ein Flüchtling aus Großbeeren in den Landkreis Dahme-Spreewald ziehen wollte, weil er dort eine Ausbildung macht. Können für die Zukunft solche Wege leichter geebnet werden?

Frau Gurske sagt, es ist ein Umverteilungsantrag gestellt worden. Die Verwaltungsspitze des Landkreises Dahme-Spreewald hat letztendlich die Zusage zum Umzug getroffen.

Herr Nerlich fragt, was wird von der Verwaltung getan, damit der HH nicht gesprengt wird. Was wird getan, um die Gelder von Bund und Land zu aktivieren?

Frau Gurske erläutert, nach derzeitiger Einschätzung ist der HH 2015 nicht gefährdet. Für jeden neu eingerichteten Platz bekommt der Landkreis einen Investitionszuschuss und für die Flüchtlinge den entsprechenden Kostensatz. Für das HH-Jahr 2016 müssen größere Summen eingeplant werden.

Die außerordentlichen Bundesmittel für 2015 und 2016 sind eingegangen und diese werden zu 2/3 zur Schaffung neuer Objekte und zu etwa 1/3 für die soziale Betreuung eingesetzt. Es sollen davon Angebote im Kinderbereich auf den Weg gebracht werden. Niedrigschwellige Angebote wie in Luckenwalde, soll es auch in Ludwigsfelde geben.

Der Bereich der dezentralen Flüchtlingsberatung und Betreuung muss verbreitert werden. Es gibt diverse Träger, die ihre Bereitschaft signalisiert haben. Augenblicklich ist die Unterbringung die vordringlichste Aufgabe und bindet die Mitarbeiterkapazitäten.

Herr Hildebrandt fragt, ob es Prozentzahlen gibt, wie viele einen Titel bekommen und das Land Brandenburg verlassen wollen?

Frau Gurske antwortet, dass genaue Zahlen, wie viele im Landkreis geblieben bzw. weggezogen sind, nicht vorliegen.

TOP 5.1

Information zum Projekt "komet(de) - Entwicklung und Anwendung eines Assistenzsystems für Kommunen im demografischen Wandel"

Frau Gurske informiert, dass der Landkreis Teltow-Fläming zum gemeinsamen Projekt mit der THW Wildau nicht den Zuschlag erhalten hat. Gründe für diese Entscheidung wurden nicht benannt.

TOP 6

Beschlussvorlagen

TOP 6.1

Entsendung der Vertreterinnen und Vertreter des Landkreises Teltow-Fläming in die Trägerversammlung des Jobcenters Teltow-Fläming (5-2420/15-II)

Frau Gurske führt einleitend aus, dass die Vorlage mit den Fraktionsvorsitzenden im Vorfeld erörtert wurde.

Aufgrund rechtlicher Bedenken hat man sich entschlossen, die Zusammensetzung der Trägerversammlung nicht in der bisher praktizierten Form fortzusetzen. Abweichend vom SGB II gab es für den Landkreis eine „Bank-Regelung“, um Vertreter des Kreistages mit einzubinden. Das SGB II besagt, dass von Seiten jedes Trägers in der Regel drei stimmberechtigte Vertreter benannt werden sollen.

Von der Verwaltung wurde nun der Vorschlag erarbeitet, dass die Besetzung der TV künftig durch Verwaltungsvertreter erfolgen soll. Verwaltungsvertreter auch deshalb, weil zunehmend erkennbar ist, dass eine entsprechende Fachlichkeit in die TV eingebunden werden muss.

Die Verwaltung schlägt zur Besetzung der TV Frau Wehlan als Landrätin und gleichzeitig Chefin des SG Personal, Frau Gurske als Sozialdezernentin und Herr Ferdinand als Kämmerer vor.

Um zu kompensieren, dass keine Abgeordneten mehr in der TV direkt vertreten sind, wird vorgeschlagen, die Thematik JC in den Ausschusssitzungen, die einer TV vorausgehen, auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Vorstellungen sind die Bereiche Kosten der Unterkunft, das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm sowie die kommunalen Ziele des JC und auch Bürgernähe und Willkommenskultur zu thematisieren.

Frau Böttcher ergänzt, dass dies in Person Herrn Wolny und sie betrifft. Mit ihnen ist im Vorfeld darüber gesprochen worden und der Vorschlag wird so mitgetragen. Die Kompromisslösung im Sinne einer breiteren Diskussion in Vorbereitung einer Trägerversammlung ist ein gutes Instrument, um sich weiterhin entsprechend einzubringen.

Dem Kreistag wird empfohlen die Vorlage zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

TOP 6.2

Vereinbarung zur gemeinsamen Einrichtung - Jobcenter Teltow-Fläming (5-2306/15-II)

Frau Gurske erklärt zu dieser Vorlage, dass es hauptsächlich redaktionelle Anpassungen sind. Einzige inhaltliche Änderung ist die Auflösung der Bank. Die Änderungen sind der Synopse zu entnehmen.

Herr Wolny bemerkt zu § 4, dass mit dem Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm auch künftig jährlich die Ziele festgelegt und von der Geschäftsführung vorgestellt werden sollten. Vor jeder Trägerversammlung sollte ein entsprechender Bericht über die notwendigen Dinge, die den Fachausschuss berühren, gegeben werden, um die Berichterstattung zu gewährleisten, da mit der Neubesetzung kein Abgeordneter des Kreistages mehr an der Trägerversammlung teilnimmt.

Frau Böttcher unterstützt dies und bittet gleichzeitig weiterhin Dinge einzubringen die die Arbeit des JC betreffen und einer Klärung bedürfen. Dabei geht es nicht um Einzelfälle, sondern um allgemeine Dinge. Bei Problemen in Einzelfällen ist wie gehabt an die Verwaltung heranzutreten.

Sie stellt die Vorlage zur Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag zur Beschlussfassung.
Abstimmung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

TOP 6.3

Novellierung des Leitbildes zur Kreisentwicklung (5-2479/15-IV)

Frau Böttcher führt einleitend aus, dass die Novellierung des Leitbildes die von den einzelnen Ausschüssen vorgeschlagenen Überarbeitungen beinhaltet und dem Kreistag am 21.09.2015 zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden soll.

Herr Hildebrandt bittet um Begriffserklärung auf Seite 2, Pkt. 7. Dort steht „Werkstatt für behinderte Menschen“. Es ist an ihn herangetragen worden, dass es eigentlich heißen muss „Menschen mit Behinderung“, da es in erster Linie Menschen sind und nicht Behinderte.

Frau Kahmann sagt zu, die Beantwortung dem Protokoll beizufügen.

Begriffserklärung „Werkstatt für behinderte Menschen“

Die Werkstatt für behinderte Menschen ist eine Einrichtung zur Eingliederung von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben („Berufliche Rehabilitation“) bzw. Integration (siehe Eingliederungshilfe). Die entsprechenden Einrichtungen sind in Deutschland in der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (BAG:WfbM) organisiert, auf europäischer Ebene besteht die *European Association of service providers for persons*

with disabilities (Europäische Vereinigung der Dienstleister für Menschen mit Behinderungen).

Die Bezeichnung, häufig auch mit WfbM abgekürzt, ist seit dem 1. Juli 2001 durch das „Neunte Buch“ im Sozialgesetzbuch (SGB IX) gesetzlich verbindlich.

Frau Böttcher stellt die Vorlage zur Abstimmung mit der Empfehlung an den Kreistag zur Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

TOP 7

Anträge

TOP 7.1

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion TF - Abstimmung und Verfahren im Umgang mit Flüchtlingen verbessern (5-2419/15-KT/2)

Frau Böttcher macht zu diesem Antrag auf die Stellungnahme der Verwaltung aufmerksam.

Dieser Antrag wird von ihrer Fraktion DIE.LINKE unterstützt.

Sie fragt die Ausschusmitglieder, ob es weitere Ergänzungen bzw. andere Meinungen gibt.

Auch durch Herrn Hildebrandt wird Zustimmung erteilt.

Er fragt zu Pkt 4., der beinhaltet, dass Flüchtlinge aus demselben Herkunftsland gemeinsam untergebracht werden sollen, ob es dazu schon Erfahrungen im Landkreis gibt. Durch die Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt ist davon abgeraten worden.

Frau Gurske antwortet, es gibt positive wie negative Erfahrungen. Wie in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt, kann auf die Zusammensetzung der Flüchtlinge oder Nationalität aufgrund der hohen Zugangszahlen aktuell kein Einfluss von Seiten des Landkreises genommen werden. Dies ist auch durch die ZABH Eisenhüttenstadt nicht möglich.

Berücksichtigt wird, dass Flüchtlinge unterschiedlicher Nationalität nicht ein Zimmer teilen müssen. Des Weiteren wird durch interne Umzüge realisiert, dass unterschiedliche Interessengruppen nicht zusammentreffen, um so weitestgehend Konflikte zu reduzieren.

Herr Wolny hebt positiv hervor, dass durch den Landkreis ein Integrationskonzept erarbeitet wird. In einem Asylgipfel, der auch im Land Brandenburg geplant ist, sollte dahingehend abgestimmt werden, inwieweit in den einzelnen Landkreisen gleiche Voraussetzungen noch angepasst werden müssen.

Frau Böttcher sagt, an dem Integrationskonzept wird derzeit konsequent gearbeitet. Es kann auf Erfahrungen zurückgegriffen werden, was funktioniert gut was nicht so gut, wo muss gegengesteuert werden. Sowie der erste Entwurf vorliegt, sollte sich der Ausschuss damit intensiv befassen.

Frau Gurske berichtet, dass in der Sitzung des Ausschusses am 12.10.15 evtl. schon ein Entwurf eingebracht werden kann. Sie schlägt vor, aufgrund des Umfangs den Abgeordneten es per E-MAIL zugänglich zu machen. Vorgesehen ist, das Integrationskonzept im Februar 2016 zu beschließen. In der Bgm.-DB 11.09.2015 wird der Entwurf auch den Kommunen zur Verfügung gestellt, mit der Bitte ggf. noch Ergänzungsbausteine von Initiativen vor Ort, Ansprechpartnern, besonderen Projekten zuzuarbeiten, die noch mit aufgenommen werden sollten.

Herr Ertl äußert die Bitte, die nächste Sitzung mit einer Besichtigung eines ÜWH z.B. in Ludwigsfelde zu verbinden, um sich ein Bild vor Ort machen zu können.

Frau Böttcher erinnert daran, dass im Arbeitsplan dies bereits mit aufgenommen ist und für die nächste Sitzung geprüft wird, ob es händelbar ist.

Der Ausschuss gibt die Empfehlung, dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Frau Böttcher beendet die Ausschusssitzung.

Luckenwalde, d. 21.09.2015

.....
Ausschussvorsitzende

.....
Protokollführerin